

**Rainer Wagner, Bundesvorsitzender**

Dipl. -Religionspädagoge (FH)  
Von-der-Tann-Straße 11  
D-67433 Neustadt/Weinstraße  
Tel.: 06321 2678 Fax 483225  
Email: Rainer\_Wagner@gmx.net

Ehrevorsitzende:  
Gerhard Finn & Horst Schüler  
Stellvertretende Vorsitzende  
Ernst-Otto Schönemann  
Theodor Mittrup

**Bundesgeschäftsstelle:**

Ruschestr. 103 Haus 1  
D-130365 Berlin  
Tel. / Fax: (030) 557793-51/-52/-53

**Geschäftszeiten:**

Mo.-Fr. 10.00- 18.00 Uhr

Berlin, 14.03.2011

## PRESSEMITTEILUNG

Stabwechsel in der Stasi-Unterlagenbehörde:

### Opferverbände danken Birthler - Jahn besucht Verbandetreffen

Berlin, 14.03.2011. Die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG hat der bisherigen Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Marianne Birthler für ihre geleistete Arbeit gedankt.

Der Bundesvorsitzende der UOKG Rainer Wagner erklärt:

„Die UOKG dankt der bisherigen BStU-Leiterin Marianne Birthler herzlich für ihre geleistete Arbeit und für den stets engen und guten Kontakt zu den Opfern. Dem neuen Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Roland Jahn wünschen wir für seine Arbeit viel Erfolg und eine glückliche Hand. Mit Freude und Dankbarkeit haben wir zur Kenntnis genommen, dass der ehemalige politische DDR-Häftling und Widerstandskämpfer sich in erster Linie als Anwalt der Opfer sieht.“

Am 26. März 2011 wird Roland Jahn am Frühjahrstreffen der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen teilnehmen.

In der Debatte um die Zukunft der Stasi-Unterlagenbehörde fordert die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft den Erhalt der Behörde auch über das Jahr 2019 hinaus:

„Das Interesse der Bevölkerung an den Stasi-Unterlagen ist auch im 20. Jahr nach der Friedlichen Revolution sehr groß. Im vergangenen Jahr wurden 87.500 Anträge auf persönliche Akteneinsicht gestellt. Diese hohe Nachfrage wird noch sehr viele Jahre anhalten, weil durch die manuelle und virtuelle Rekonstruktion zerstörter Stasi-Akten immer wieder neue Erkenntnisse gewonnen werden. Es ist daher unbedingt sicherzustellen, dass die Mitarbeiterzahl der Behörde zukünftig nicht noch weiter verringert wird.“ erklärte Rainer Wagner in Berlin.